



„Rettet den Rettungsdienst“

Gruppe CDU/WG beantragt Beitritt in das gleichnamige Bündnis des Niedersächsischen Landkreistages

Die Pläne von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zur Reform der Notfallversorgung gefährden den Rettungsdienst und bringen existenzgefährdende Nachteile für eine Vielzahl von Krankenhäusern zu dieser Auffassung kam der Niedersächsische Landkreistag (NLT) auf seiner Klausurtagung im Herbst 2019. Es wurde daher beschlossen, ein Bündnis für den Erhalt des Rettungsdienstes als Landes- und Kommunalaufgabe auszurufen. Diesem Bündnis soll nun auch der Landkreis Harburg beitreten, so die Forderung eines Antrages der Gruppe CDU/WG.

Mit dem Gesetz zur Reform der Notfallversorgung will das Bundesministerium für Gesundheit erreichen, dass die Notfallambulanzen entlasten werden, in dem Patienten, denen anderswo besser geholfen werden könnte, durch die Notrufzentrale auf Rettungsdienst, neu einzurichtende integrierte Notfallzentren (INZ) oder Arztpraxen verteilt werden.

„Die Notaufnahmen in den Krankenhäusern sind häufig überlaufen, da sich dort auch viele Patienten einfinden, denen woanders besser geholfen werden könnte. Das dieses Problem angegangen wird, ist richtig und wichtig.“ so Volkmar Persiel, CDU-Kreistagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Ordnung und Feuerschutz. „Durch die Lösung des einen Problems darf aber kein anderes entstehen, beispielsweise bei der Ausgestaltung der rettungsdienstlichen Versorgung vor Ort.“

Und eben diese Probleme werden durch die NLT gesehen. Damit die Landkreise ihre Kritik mit starker Stimme beim Gesundheitsministerium vorbringen können, fordert die Gruppe CDU/WG den Beitritt zum Aktionsbündnis.

Für Rückfragen: Volkmar Persiel
0157-563 44 930

Weitere Infos NLT: <https://www.nlt.de/staticsite/staticsite.php?menuid=106&topmenu=20>

Weitere Infos zum Gesetzentwurf:
<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/notfallversorgung.html>